

Zeitenwende in der internationalen Politik?

Noesselt, Nele

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noesselt, N. (2012). *Zeitenwende in der internationalen Politik?* (GIGA Focus Global, 6). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-314275>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Zeitenwende in der internationalen Politik?

Nele Noesselt

Am 18. und 19. Juni 2012 fand im mexikanischen Los Cabos der siebente G20-Gipfel statt. Im Zentrum der Diskussionen standen die internationale Finanzkrise, die Lage der EU und die Entwicklung der Weltwirtschaft.

Analyse

Die internationale Finanzkrise verdeutlicht die gewachsenen Interdependenzen und transnationalen Verflechtungen innerhalb des internationalen Systems. Die westliche Staatengemeinschaft und die sogenannten Regionalmächte, insbesondere die Gruppe der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), müssen gemeinsam an der Lösung globaler Fragen arbeiten.

- Die Finanzkrise hat eine Debatte zur Neuregulation der internationalen Institutionen angestoßen. Dadurch eröffnet sich ein *Window of Opportunity* für „neue“ Akteure, ihre eigenen normativen Grundprinzipien und Forderungen in die Debatte einzubringen.
- Vor diesem Hintergrund finden Spekulationen über die Neuausrichtung der globalen Machtstrukturen statt – verglichen mit dem Jahr 1989, als vom „Ende der Geschichte“ die Rede war, allerdings unter umgekehrtem Vorzeichen: Das westlich-liberale System fungiert nicht länger als alleiniges Vorbild.
- Die Diskussion über den Übergang zu einer neuen, bipolaren Machtstruktur des internationalen Systems (G2: China, USA) illustriert, dass der VR China eine Schlüsselrolle für die zukünftige Ausgestaltung der Weltpolitik zugeschrieben wird.
- Die VR China lehnt jedoch bipolare Szenarien, die möglicherweise auf einen neuen Systemkonflikt hinauslaufen könnten, ab. Stattdessen plädiert sie für multipolare Strukturen und positioniert sich als Anwältin der Gruppe der Entwicklungsländer.
- Es ist zu erwarten, dass eine Umverteilung von Stimm- und Mitspracherechten in internationalen Organisationen zugunsten der aufsteigenden Staaten erfolgt; dies impliziert jedoch noch keine unmittelbare Substitution der bestehenden internationalen Institutionenordnung.

Schlagwörter: BRICS-Staaten, China, Europa, Finanzkrise, G20-Gipfel, Global Governance

Globales Krisenmanagement?

Auf der Agenda des G20-Gipfels, der am 18. und 19. Juni 2012 in Los Cabos (Mexiko) stattfand, standen die Regulierung der globalen Finanz- und Rohstoffmärkte, aber auch der Abbau von protektionistischen Handelsbeschränkungen, von denen insbesondere die Entwicklungsländer betroffen sind. Weltpolitische Themen, wie die Lage in Syrien, wurden nur am Rande in bilateralen Gesprächen behandelt. Im Mittelpunkt stand die internationale Banken- und Finanzkrise, mit Blickrichtung insbesondere auf die Eurozone.

Am Ende der zweitägigen Verhandlungen wurde die Aufstockung der Krisenmittel des IWF verkündet. Auch wenn sich nicht alle Staaten bereit erklärten, diesen Schritt mitzutragen, wurden doch Zusagen in Höhe von 450 Mrd. USD dokumentiert (G20 Leaders Declaration 2012). Allein China steuert 43 Mrd. USD bei; Indien, Brasilien und Russland haben erklärt, sich mit jeweils 10 Mrd. USD beteiligen zu wollen. Die EU-Länder übernehmen insgesamt über 190 Mrd. USD.¹ Die USA haben sich zunächst gegen eine Aufstockung des Krisenfonds ausgesprochen.

Koordinationsforen wie die G20 haben für die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) an Bedeutung gewonnen. Ursprünglich im Jahr 1999 als Reaktion auf die Finanzkrise in Asien als Treffen der Finanzminister ins Leben gerufen, ist dieses Treffen seit 2008 zu einem Forum der Staats- und Regierungschefs erweitert worden. Vor dem Hintergrund der euro-atlantischen Banken- und Finanzkrise hat sich damit ein neues transnationales Steuerungs- und Koordinationsgremium etabliert, das in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zu den G8-Gipfeln steht.

Die Medienberichterstattung zum G20-Gipfel richtete ihr Augenmerk insbesondere auf die Rolle der USA und der VR China (G2). Einzelne Szenarien gehen davon aus, dass diese beiden Staaten die globale Finanzordnung der Zukunft maßgeblich konzipieren und kontrollieren werden und dass sich die G2 als neue Achse der Weltordnungspolitik durchsetzen könnte. Andere wiederum betonen die normativen Divergenzen zwischen den USA und der VR China und sehen die Gefahr, dass Abstimmungen zwischen den beiden Mächten durch Wertekonflikte erschwert werden können.

¹ Vgl. die tabellarische Aufschlüsselung nach Ländern in den Internetseiten des IWF: <www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12231.htm> (28. Juni 2012).

ten. Auch wenn die Systemdifferenzen nicht zu übersehen sind, bezogen die USA und die VR China in Los Cabos doch in einer Frage gemeinsam Position: Die Europäer wurden ermahnt, entschiedene Schritte zur Eindämmung der Bankenkrise einzuleiten.

Die VR China hat ein besonders großes Interesse an der Stabilität der Eurozone, denn seit das US-Bankensystem in die Krise getaumelt war, hat sie einen Teil ihrer Devisenreserven sicherheitshalber in Euro angelegt. Durch das Übergreifen der Krise auf Europa ergibt sich für China nun ein doppelter Interventionszwang; sie sieht sich genötigt, Maßnahmen zur Stabilisierung des amerikanischen wie auch des europäischen Währungs- und Finanzsystems zuzustimmen und systembewahrend einzugreifen.

Die USA und die EU sind die weltweit wichtigsten Absatzmärkte für die VR China. Eine Destabilisierung dieser Märkte und eine Zuspitzung der Finanzkrise würden sich unmittelbar auf das chinesische Wirtschaftswachstum niederschlagen. Schon im Juni 2008 hatte die chinesische Regierung auf die sich abzeichnenden Krisenentwicklungen alarmiert reagiert und mit der Konzeption einer möglichen Krisenmanagementstrategie begonnen. Im November 2008 verabschiedete der chinesische Staatsrat schließlich ein Finanzpaket zur Stützung der Wirtschaft in Höhe von 4 Billionen Yuan (damals fast 600 Mrd. USD).

Dass die VR China sehr viel früher als die europäischen Staaten auf die Krisenanzeichen reagierte – erste Maßnahmen zur Stützung der chinesischen Wirtschaft wurden noch vor dem Zusammenbruch von Lehman Brothers diskutiert –, verdeutlicht die zentrale Bedeutung, die der ökonomischen Stabilität in der politischen Strategie der VR China zugeschrieben wird. Ein langfristiges und stabiles Wirtschaftswachstum zählt zu den Grundpfeilern der effizienzgestützten Legitimität der KPCh-Regierung. Der Rückgang des Außenhandels und die Schwächung der Absatzmärkte für chinesische Produkte implizierten somit nicht allein einen Einbruch in der chinesischen Handelsbilanz, sondern stellten eine existenzielle Bedrohung für den Fortbestand des politischen Systems der VR China dar.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung Schritte zur Stärkung der Binnennachfrage eingeleitet. Diese reichen jedoch nicht aus, um die Exportabhängigkeit der chinesischen Wirtschaft und die damit verbundene Verwundbarkeit des Systems abzupuffern. Insofern ist es wenig erstaunlich, dass

der chinesische Staatspräsident Hu Jintao in seiner G20-Rede Stabilität und Wachstum als Kernziele der internationalen Finanz- und Wirtschaftskoordination identifizierte. Zusätzlich aber brachte er wiederholt die Forderung nach mehr Stimmrechten für Entwicklungs- und Schwellenländer vor (*Xinhua*, 19. Juni 2012). Die VR China tritt als Fürsprecherin dieser Staatengruppe auf und stellt offiziell keine individuellen Forderungen.

Auch wenn am Rande des Gipfeltreffens bilaterale Gespräche stattfanden – so unter anderem zwischen der deutschen Bundeskanzlerin und dem chinesischen Staatspräsidenten –, lässt das Bekenntnis der chinesischen Regierung zu den G20-Gipfeln doch deutlich erkennen, dass sich ihr Interesse auf multilaterale und internationale Regelungssysteme verlagert hat. Denn nur im Rahmen dieser Strukturen können Organisation und Interaktionsprinzipien des internationalen Systems neu ausgehandelt und dann auch entsprechende Veränderungen der bilateralen Beziehungen erreicht werden; demgegenüber können in bilateralen Verhandlungen getroffene Vereinbarungen nicht einfach auf internationale und globale Politikfelder übertragen werden.

Chinesische Positionen

Chinas Stellungnahmen zur internationalen Bankenkrise schwanken zwischen Kritik an den bestehenden Strukturen und Zusagen, diese durch kooperatives Verhalten zu stabilisieren.

Nicht immer kommt der Aufstieg der VR China zu einem neuen Gravitationszentrum der Weltpolitik auf Samtpfoten daher: Im Jahr 2009 forderte der Leiter der Chinesischen Nationalbank, Zhou Xiaochuan, die Ablösung des US-Dollars als internationale Leitwährung und die Einführung einer supranationalen Reservewährung (Zhou 2009). Diese Forderung wurde schließlich auch in der gemeinsamen Erklärung der BRIC-Staaten verankert, die im Juni 2009 in Jekaterinburg erstmals ein Gipfeltreffen abhielten.

Auf dem „Sommer-Davos“-Treffen² 2011 im chinesischen Dalian wiederum betonte der chi-

nesische Premierminister, China sei bereit, „eine helfende Hand auszustrecken“ und den USA wie auch Europa bei der Bewältigung der Krise beizustehen. Im Gegenzug jedoch wurden „mutige Schritte“ der Europäer erwartet, allen voran die Anerkennung der VR China als Marktwirtschaft (*Xinhua*, 14. September 2011). Laut Beitrittsprotokoll zur WTO hat China bis 2016 den Status einer Nicht-Marktwirtschaft; eine frühere Anerkennung als Marktwirtschaft durch einzelne Staaten oder Staatengruppen ist grundsätzlich möglich und hätte vor allem symbolische Bedeutung.³ Von den USA forderte die VR China eine stärkere Öffnung der Märkte, die es der chinesischen Seite ermöglichen würde, direkt in Unternehmen und nicht nur in US-Staatsanleihen zu investieren. Die chinesische Führung strebt eine *Win-Win*-Situation an und verfolgt die Strategie, ihre Devisenreserven nicht im Europäischen Rettungsschirm oder in amerikanischen Staatsanleihen zu binden, sondern durch gezielte Investitionen Zugang zu westlicher Hochtechnologie zu gewinnen.

Zu beachten ist auch der terminologische Wandel in den Erklärungen der VR China auf den Weltwirtschaftsforen in Davos: Im Jahr 2011 hieß es, die Staaten sollten „ihr Haus in Ordnung bringen“. Bezeichnenderweise wird hier eine Formel als globale Orientierungsvorgabe gewählt, welche die (Außen-)Politik der noch jungen VR China nach 1949 geprägt hat. Dies illustriert erneut, dass China seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise ein deutlich selbstbewussteres Auftreten zelebriert und implizit die Position vertritt, die krisengeschüttelten europäischen und amerikanischen Wirtschaftssysteme könnten durchaus vom chinesischen Modell lernen.

Das Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2012 stand unter dem Motto „Der große Wandel: Neue Modelle gestalten“ (World Economic Forum 2012). Die Gespräche kreisten allerdings weniger um die künftige Ausgestaltung von *Global Governance*, sondern vielmehr um die Frage, wie die „alten“ Probleme der USA und der Eurozone gelöst werden könnten. Die internationale Staatengemeinschaft forderte die chinesische Regierung

² Organisator dieser Treffen ist das World Economic Forum (WEF), eine in der Schweiz ansässige Stiftung. Zusätzlich zu den jährlich in Davos stattfindenden Jahrestreffen, bei denen Politiker, Unternehmer und Journalisten gemeinsam über aktuelle Herausforderungen diskutieren, veranstaltet das WEF seit 2007 in China die „Annual Meetings of the New Champions“ („Sommer-Davos“).

³ Aus Sicht der VR China sind die sino-europäischen Beziehungen von Asymmetrien geprägt. Zu diesen zählen das weiterhin bestehende Waffenembargo sowie die erneut bekräftigte Ablehnung, China als Marktwirtschaft anzuerkennen. Wie die VR China in ihrem „Strategiepapier zu den Beziehungen zwischen China und der EU“ (2003) unterstrichen hat, kann eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen nur erfolgen, wenn die symbolischen Asymmetrien ausbalanciert werden.

erneut auf, international mehr Verantwortung zu übernehmen und stärker zur Lösung globaler Herausforderungen beizutragen. Diese aus der euro-atlantischen Perspektive formulierte Erwartungshaltung beruht darauf, dass die VR China aufgrund ihres seit Jahren atemberaubenden Wirtschaftswachstums nicht länger als rückständiger sozialistischer Staat, sondern als aufsteigende Wirtschaftsmacht gesehen wird (Kappel 2011). Diese verbreitete Auffassung blendet die sozio-ökonomischen Spannungen und weiterbestehenden Entwicklungsdichotomien zwischen Stadt und Land, Küstenprovinzen und entlegenen Westgebieten allerdings weitgehend aus.

Das hybride Selbstbild Chinas, „Entwicklungsland“ und gleichzeitig „aufsteigender sozialistischer Staat“ zu sein, führt dazu, dass die Forderungen der internationalen Gemeinschaft dort nur sehr bedingt als gerechtfertigt angesehen werden. Dies verdeutlichen auch individuelle Reaktionen chinesischer Banker und Politiker auf dem Davos-Gipfel 2012. Immer wieder verwiesen sie darauf, dass die VR China zwar über hohe Devisenreserven verfüge, jedoch einen sehr viel geringeren Anteil an der Weltwirtschaft habe als die USA oder auch Europa. Chinas Ziel könne nicht darin bestehen, die Misswirtschaft des euro-atlantischen Raumes aufzufangen und die reichen Industrieländer unter Zurückstellung chinesischer Interessen auf ihrem hohen Niveau zu stabilisieren. Vielmehr müsse China zunächst einmal die eigenen sozio-ökonomischen Spannungen und Herausforderungen überwinden (Sohu, 11. Juni 2012).

Legitimitätsdilemma internationaler und globaler Regulationsmechanismen

Im Zuge der Banken- und Finanzkrise haben die BRICS-Staaten in ihren gemeinsamen Erklärungen die Legitimität der bestehenden internationalen Regelsysteme hinterfragt. Nicht zuletzt vonseiten der Staaten der Gruppe 77 (Entwicklungsländer), die an der Ausarbeitung der existierenden Regulationsmechanismen nicht originär beteiligt waren und die schon früher für eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) plädierten, regt sich Widerspruch gegen das von den USA und Europa dominierte Bretton-Woods-System. Ende 2010 hatten sich die G20-Finanzminister schließlich nach langen Verhandlungen auf eine Reform des IWF geeinigt: Die Quoten im IWF – und damit ver-

bunden auch der Anteil an Stimmrechten – sollen zugunsten der Schwellenländer umverteilt werden. Nach diesem Reformplan würde die VR China mit knapp 6,1 Prozent der Stimmrechte etwa gleich auf mit Japan direkt hinter den USA liegen, die 16,5 Prozent der Stimmrechte hätten (IWF 2010, Table A1). Die europäischen Staaten sollen zusätzlich zur Übertragung von Stimmanteilen auch zwei ihrer Sitze im IWF-Führungsgremium an die sogenannten Schwellenländer abtreten. Auch wenn dieser Umverteilungsplan ein erstes Eingeständnis der etablierten Industriestaaten hinsichtlich des Bedeutungsgewinns der aufsteigenden Staaten darstellt, werden letztere doch weiterhin benachteiligt: Obwohl die Wirtschaftsleistung der VR China etwa halb so groß ist wie die der USA, würde sie nach Umsetzung der Reformen doch nur über gut ein Drittel der Stimmanteile der USA verfügen.

Der aus Sicht der BRICS-Staaten nur sehr eingeschränkte Erfolg bei den Reformverhandlungen wird zusätzlich dadurch relativiert, dass einige der Industriestaaten zögerten, die für die Implementierung der IWF-Reformen notwendigen Schritte einzuleiten. Auf den IWF-Treffen 2011 und 2012 machten die Vertreter der BRICS-Staaten daher noch einmal deutlich, dass sie als Gegenleistung für die Aufstockung der IWF-Mittel eine Einhaltung der vereinbarten Reformpläne erwarten; sie mussten sich aber zunächst mit formalen Absichtserklärungen zufriedengeben.

Mit der Forderung nach Besetzung der Führungspositionen durch Vertreter nicht-westlicher Schwellen- und Entwicklungsländer waren die BRICS-Staaten noch weniger erfolgreich. In den Führungsgremien der Bretton-Woods-Institutionen besteht weiterhin eine Art inoffizielles Gleichgewicht zwischen den USA und Europa. Während die Weltbank traditionell unter amerikanischer Leitung steht, wird die Spitze des IWF stets mit einem europäischen Kandidaten besetzt. Da die USA in der Weltbank aufgrund ihrer relativen Stimmenmehrheit de facto ein Vetorecht haben, ist ein Kurswechsel nicht zu erwarten. Zudem haben die BRICS-Staaten bislang keinen gemeinsamen Kandidaten vorgeschlagen, sondern sich noch gegenseitig Konkurrenz gemacht.

Chinesische Global-Governance-Modelle?

Über die Regelung von Quoten und Stimmrechten hinaus hat sich die VR China in den vergangenen

Jahren auch mit abstrakten Modellbildungen zu Fragen der Weltordnung zu Wort gemeldet. In Weiterführung des auf dem 4. Plenum des 16. Zentralkomitees debattierten Konzepts der „Harmonischen Gesellschaft“ legte der chinesische Präsident Hu Jintao anlässlich des 60. Jahrestages der Vereinten Nationen (UN) mit dem Konzept der „Harmonischen Welt“ einen chinesischen Entwurf zum globalen Regieren vor. Dieses perpetuiert Grundprinzipien der Westfälischen Ordnung, erweitert diese aber auch um neue Elemente: Danach besteht die „Harmonische Welt“ aus einer Vielzahl souveräner und prinzipiell gleichberechtigter Nationalstaaten, die sich hinsichtlich ihrer politischen Systeme und kulturell-zivilisatorischen Grundlagen voneinander unterscheiden. Interaktionen zielen nicht auf eine Angleichung aller Staaten an eine gemeinsame (demokratisch-liberale) Struktur ab, vielmehr wird die Diversität der staatlichen Akteure als unveränderbare Grundlage des globalen Systems angesehen (Chan, Lee und Chan 2008: 14).

Auf einer sehr viel abstrakteren Ebene hat Zhao Tingyang, der an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in Peking forscht, mit seiner Neuauflage der sinozentristischen Weltordnung, des *Tianxia*-Modells, als globales Ordnungskonzept heftige Kontroversen angestoßen (Zhao 2005). Der selektive Rückgriff auf Elemente der chinesischen Staatsphilosophie und deren Anpassung an politische Strukturen der Gegenwart illustriert das Dilemma, in welchem sich China seit dem ersten Aufeinandertreffen mit westlichen Systemvorstellungen Mitte des 19. Jahrhunderts konfrontiert sieht, der Frage nämlich, inwieweit eine Anpassung an westliche Standards angestrebt werden soll oder ob der Weg der Sinisierung und Indigenisierung globaler Entwicklungsmodelle, verstanden als Ableitung von Normen und Werten aus dem jeweiligen historisch-kulturellen Hintergrund, am ehesten zu einer erfolgreichen Verwirklichung der chinesischen Interessen beitragen kann.

Chinas Haltung zu Fragen der *Global Governance* steht im Spannungsfeld von Anspruch und Wirklichkeit. Auch wenn die chinesische Führung beklagt, die internationalen Strukturen entsprächen den strategischen Zielen einer kleinen Interessengemeinschaft westlicher Industriestaaten unter Führung der USA, hat sich die VR China bislang doch in eben diese Strukturen eingegliedert. Nach dem Ende der Isolationsphase und dem Wiedereintritt in die internationale Politik in der post-maoistischen Ära zeichnete sich zunächst eine

Annäherung an die bestehenden globalen Normen ab (Chan 2006). Erst mit der Krise des internationalen Systems und der Notwendigkeit, globale Lösungen zu finden, die über die bisherigen Verregelungs- und Verrechtlichungsmodelle hinausgehen, ergibt sich die Möglichkeit einer Neuaushandlung der normativen Grundlagen und Interaktionsprinzipien internationaler und globaler Politik. China sieht sich nicht länger nur als Teilnehmer, sondern als Mitgestalter internationaler Regelwerke (*People's Daily*, 21. Juni 2011).

Die Entstehung einer G2-Weltordnung, über die in den letzten Monaten vermehrt spekuliert wurde, wäre jedoch mit den strategischen Grundlagen der chinesischen Außenpolitik unvereinbar. Zwar impliziert das G2-Modell die Anerkennung der VR China als ebenbürtigen Partner und somit eine Aufwertung ihres internationalen Status, doch würde eine G2-Ordnung für China zugleich das Ende des strategischen Schulterchlusses mit den Entwicklungsländern bedeuten. Die USA, gegen die sich die VR China abzugrenzen sucht, wären in einem G2-Modell nicht nur Konkurrent, sondern auch strategischer Kooperationspartner in internationalen und globalen Fragen. Dies aber stünde in unmittelbarem Widerspruch zum axiomatischen Prinzip der Multipolarität, dem sich die VR China offiziell verschrieben hat. Bipolare Ordnungen wie die G2 gelten in chinesischen Betrachtungen zur Weltpolitik als konfliktgeladen, wie mit Verweis auf die machtpolitische Konkurrenz der beiden Lager USA und Sowjetunion während des Kalten Krieges illustriert wird. Im Endeffekt würden beide Machtzentren eines bipolaren Systems nach Hegemonie streben, folglich nach Unipolarität. Unipolare Strukturen jedoch werden als zwar zeitweise stabile, nicht aber legitime Formen der Machtausübung im internationalen Kontext angesehen, da sie die Norm eines einzelnen Staates zur universellen Richtlinie erheben.

Als Erweiterung der von der chinesischen Regierung weiterhin offiziell als Ideal angestrebten Multipolarität diskutieren chinesische Politikwissenschaftler gegenwärtig die Option einer internationalen Ordnung, die auf der Kooperation zwischen den Großmächten beruht, jedoch auch die kleineren Staaten einbezieht (Ye 2004: 69-71). Damit wird das Konzept der Multipolarität durch die Vorstellung einer globalen Machtkoordination ergänzt (Wang 2009: 106).

Neue alte Herausforderungen

Die Spekulationen über eine G2-Weltordnung greifen indirekt die Debatte über den Antagonismus von *Washington Consensus* und *Beijing Consensus* auf. Während unter dem ersteren Begriff ein Modell konditionaler normativer Außenpolitik subsumiert wird, gilt letzterer als Oberbegriff für Chinas Außenhandelsstrategie als Gegenmodell zum westlichen Wertesystem. Der Begriff *Beijing Consensus* stammt allerdings nicht aus China selbst, sondern wurde von einem Londoner *Think Tank* in die internationale Debatte eingebracht (Ramo 2004); damit werden Ängste und Unsicherheiten auf ein Gegenmodell zum Westen projiziert. Dies jedoch verstellt den Blick auf die trotz aller Differenzen existierenden gemeinsamen Interessen des Westens und Chinas und damit die Möglichkeiten zu kooperativen Problemlösungen.

Die Banken- und Finanzkrise hat keine Zeitenwende in der internationalen Politik eingeleitet, sondern lediglich die sich seit längerer Zeit vollziehenden Veränderungen im globalen Machtgefüge sichtbar gemacht. Bislang sahen sich insbesondere nicht-westliche, autoritäre Staaten dem internationalen Druck ausgesetzt, ihr Abweichen vom europäisch-atlantischen Normmodell zu rechtfertigen. Nun stehen die alten Industriestaaten ihrerseits unter Rechtfertigungsdruck. War es zuvor China, das den Besorgnissen, die mit dem chinesischen Wirtschaftsboom entstanden waren, mit selbsterklärten Verpflichtungen zur Kooperation entgegenzuwirken suchte, ist nun Europa darum bemüht, die negativen Schlagzeilen durch „positive“ Signale zu neutralisieren.

Die EU ist gegenwärtig in einer Debatte gefangen, die nicht allein ihre Zukunft, sondern auch die rückblickende kritische Auseinandersetzung mit dem europäischen Integrationsprozess zum Inhalt hat. Es zeigt sich, dass ein ökonomisches Zusammenwachsen ohne hinreichende politische Regularien und Institutionen ein Modell ist, das sich nur für Schönwetterperioden eignet. Der Euro-Rettungsschirm soll es der EU ermöglichen, das Krisenunwetter durchzustehen – die grundsätzlichen Probleme sind damit aber noch nicht gelöst.

Ähnlich wie nach dem Umbruch 1989 (Revolutionen in Mittel- und Osteuropa; Fall der Mauer in Berlin) sind auch nach 2008 die bis dato vorherrschenden Vorstellungen zum internationalen System und seinen grundlegenden Machtrelationen erschüttert worden. Zweifelsohne haben sich die

globalen Kräfteverhältnisse verschoben. Doch bedeutet dies noch lange nicht automatisch das Ende der bestehenden internationalen Institutionen und Regelsysteme. Zu erwarten ist zunächst nur eine Umverteilung von IWF-Stimmrechten im Tausch gegen die Übernahme weiterer Pflichten und größerer Verantwortung, jedoch kein Aufbau von „Alternativstrukturen“. Es gilt allerdings grundsätzlich, die hergebrachten Ordnungsvorstellungen einem kritischen Abgleich mit der veränderten politischen Realität zu unterziehen sowie die Positionen und strategischen Interessen Europas, der USA und insbesondere auch Chinas neu zu bestimmen.

Literatur

- Caixin (2012), *Zhongguo zhichi weichi tongyi de Ouyuanqu* (China unterstützt das Festhalten an einer integrierten Eurozone), 18. Juni, online: <<http://international.caixin.com/2012-06-18/100401637.html>> (25. Juni 2012).
- Chan, Gerald (2006), *China's Compliance in Global Affairs: Trade, Arms Control, Environmental Protection, Human Rights*, Singapur: World Scientific.
- Chan, Lai-Ha, Pak K. Lee und Gerald Chan (2008), *Rethinking Global Governance: A China Model in the Making?*, in: *Contemporary Politics*, 14, 1, 3-19.
- G20 (2012), *Leaders Declaration*, Los Cabos, 19. Juni, online: <www.g20.utoronto.ca/2012/2012-0619-los-cabos.html> (25. Juni 2012).
- Hu, Jintao (2005), *Nuli jianshe chijiu heping gongtong fanrong de hexie shijie / Strive to Construct a Harmonious World of Long-Lasting Peace and Common Prosperity*, online: <http://news.xinhuanet.com/world/2005-09/16/content_3496858.htm> (10. Mai 2012).
- IWF (2010), *IMF Quota and Governance Reform: Elements of an Agreement*, online: <www.imf.org/external/np/pp/eng/2010/103110.pdf> (12. Februar 2012).
- Kappel, Robert (2011), *The Challenge to Europe: Regional Powers and the Shifting of Global Orders*, in: *Intereconomics*, 45, 5, 275-286.
- People's Daily* (2011), *Senior Diplomat: China Gaining Growing Hand in Global Governance*, 21. Juni, online: <<http://english.people.com.cn/90001/90776/90883/7416242.html>> (25. Juni 2012).
- Ramo, Joshua Cooper (2004), *The Beijing Consensus*, London: Foreign Policy Center.

- Sohu (2012), Zhongfang: Zhongguo shizhong shi fazhan guojia (Die chinesische Seite: China ist ein Entwicklungsland), 11. Juni, online: <<http://news.sohu.com/20120611/n345301163.shtml>> (20. Juni 2012).
- Wang, Hongtao (2009), Guoji geju zhong de jihua wenti yanjiu (Untersuchungen zur Frage der Polarität im internationalen System), in: *Journal of the Party School*, 13, 4, 102-107.
- Wang, Hongying, und James Rosenau (2009), China and Global Governance, in: *Asian Perspectives*, 3, 3, 5-39.
- Wei, Huang (2011), Global Governance under the G20: A Chinese Perspective, in: Wilhelm Hofmeister (Hrsg.), *G20 – Perceptions and Perspectives for Global Governance*, Singapur: KAS, 41-50.
- World Economic Forum (2012), *The Great Transformation: Shaping New Models*, online: <www.weforum.org/reports/world-economic-forum-annual-meeting-2012-great-transformation-shaping-new-models> (30. Juni 2012).
- Xinhua (2011), Chinese Premier Wen Delivers Keynote Speech in Opening Ceremony of 2011 Summer Davos Forum, 14. September, online: <<http://xinhua.businessnews.com/en/2011/09/chinese-premier-wen-delivers-keynote-speech-in-opening-ceremony-of-2011-summer-davos-forum/>> (10. Mai 2012).
- Xinhua (2012), Hu Jintao zai ershi guo jituan lingdaoren di qi ci fenghui shang de jianghua (Hu Jintaos Rede auf dem 7. G20-Gipfel), 18. Juni, online: <<http://politics.people.com.cn/GB/18233648.html>> (19. Juni 2012).
- Ye, Zicheng (2004), Chaoyue duojihua siwei, cujin daguo hezuo (Das multipolare Denken überwinden, die Kooperation zwischen den Großmächten vorantreiben), in Wang, Jisi (Hrsg.), *Zhongguo xuezhe kan shijie / World Politics: Views from China*, Peking: Xin Shijie Chubanshe, 62-86.
- Zhao, Tingyang (2005), *Tianxia tixi: Shijie zhidu zhexue daolun / The Tianxia System: An Introduction to the Philosophy of a World Institution*, Nanjing: Jiangsu Education Press.
- Zhou, Xiaochuan (2009), *Reform the International Monetary System*, online: <www.pbc.gov.cn/publish/english/956/2009/20091229104425550619706/20091229104425550619706_.html> (11. Mai 2010).

■ Die Autorin

Dr. Nele Noesselt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Asien-Studien. Sie ist Mitglied im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ und im GIGA Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“.

E-Mail: <nele.noesselt@giga-hamburg.de>, Webseite: <<http://staff.giga-hamburg.de/noesselt>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA Forschungsschwerpunkt 4 befasst sich mit der Rolle aufstrebender Staaten wie China, Indien, Brasilien und Südafrika. Das Regional Powers Network (RPN) erforscht den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten und befasst sich schwerpunktmäßig mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten. Das RPN wurde im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010); weitere Informationen unter: <www.giga-hamburg.de/rpn>.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Flemes, Daniel (Hrsg.) (2010), *Regional Leadership in the Global System: Ideas, Interests and Strategies of Regional Powers*, Aldershot: Ashgate Publishing.

Flemes, Daniel, Dirk Nabers und Detlef Nolte (Hrsg.) (2012), *Macht, Führung und Regionale Ordnung: Theorien und Forschungsperspektiven*, Baden-Baden: Nomos.

Flemes, Daniel, Sören Scholvin und Georg Strüver (2011), *Aufstieg der Netzwerkkräfte*, GIGA Focus Global, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

Kappel, Robert (2010), *Verschiebung der globalen Machtverhältnisse durch den Aufstieg von regionalen Führungsmächten: China, Indien, Brasilien und Südafrika*, GIGA Working Papers, 146, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Kappel, Robert (2012), *Deutschland und die neuen Gestaltungsmächte*, GIGA Focus Global, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/global>.

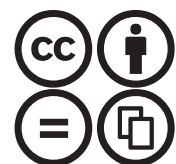
Nabers, Dirk (2010), *Power, Leadership and Hegemony in International Politics: The Case of East Asia*, in: *Review of International Studies*, 12, 1, 110-114.

Noesselt, Nele (2010), *Alternative Weltordnungsmodelle? IB-Diskurse in China*, Wiesbaden: VS Verlag.

Noesselt, Nele (2012), *Chinese Perspectives on International Power Shifts and Sino-EU Relations (2008–2011)*, GIGA Working Papers, 193, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM